

Austauschblatt

Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chósebuz



Antrag

Antrags-Nr.: 06/21

öffentlich nichtöffentlich

18. Feb. 2021

Büro OB- SIVA

Antragsteller: DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antragsdatum: 12. Januar 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	17.02.2021
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	24.02.2021
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Cottbus/Chósebuz – Sicherer Hafen

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“.
2. Die Stadt Cottbus/Chósebuz ist weiterhin bereit, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen und erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.
3. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz appelliert an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen – insbesondere für eine gerechte und effektive Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik.
4. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chósebuz stellt fest, dass zahlreiche Cottbuserinnen und Cottbuser in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben, um Geflüchtete bei ihrer Ankunft in unserer Stadt zu unterstützen, dankt ihnen hierfür und hofft, dass sie dieses Engagement fortsetzen.
5. Der Oberbürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden beauftragt, diesen Beschluss der Initiative „Seebrücke“ zur Kenntnis zu geben.


Unterschrift Antragsteller/in



Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Begründung:

Im Jahr 2020 sind laut UNHCR weitere 1.066 Menschen bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken. Gleichzeitig harren tausende Menschen in Lagern an den EU-Außengrenzen aus. Das Camp Moria bzw. das Nachfolgecamp Kara Tepe auf der griechischen Insel Lesbos steht dabei sinnbildlich für die unzureichenden hygienischen Zustände sowie die mangelhafte Lebensmittel- und medizinische Versorgung.

Dieser humanitären Katastrophe schaut die Stadt Cottbus/Chósebuz nicht tatenlos zu. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie sich für die freiwillige Aufnahme von Menschen in Not ausspricht – zuletzt durch den Beschluss des Antrags 010/20 (Beteiligung der Stadt Cottbus/Chósebuz an der Initiative mehrerer Städte zur freiwilligen Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter).

Über die gesetzlich vorgegebenen Quoten hinaus engagiert sich unsere Stadt für die menschenwürdige Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten. Auch wenn der Kommunalpolitik bei der Bekämpfung von Fluchtursachen lediglich der Appell bleibt, kann sie diesen durch die symbolische Deklaration zum „Sicheren Hafen“ verstetigen und bekräftigen.